

UR.Nr. V 01057 /2019
vom 27.05.2019
Dr. V

ERRICHTUNG EINER GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Heute, den siebenundzwanzigsten Mai
zweitausendneunzehn

- 27.05.2019 -

erscheinen vor mir

**Dr. Oliver Vossius,
Notar in München,**

in der Geschäftsstelle in 80333 München, Theatinerstraße 8/III:

1. Herr **Maximilian BÖLTL**,
geboren am [REDACTED]
wohnhaft in Kirchheim b. München,
geschäftsansässig Münchner Straße 6, 85551 Kirchheim b. München,

hier handelnd für die

**Gemeinde Kirchheim b. München,
Münchner Straße 6, 85551 Kirchheim b. München,**

als deren Erster Bürgermeister, aufgrund des beigelegten Beschlusses des Gemeinderats.

Herr Bürgermeister Börtl konnte sich nicht ausweisen. Er wurde vorgestellt durch den durch Reisepass ausgewiesenen Herrn Johannes Pinzel, Personalien wie nachstehend.

2. Herr **Martin RICHTER-LIEBALD**,
geboren am [REDACTED]
wohnhaft in [REDACTED]
geschäftsansässig Sigmund-Riefler-Bogen 4, 81829 München,
persönlich bekannt,

hier handelnd für die

Bayerische Landesgartenschau GmbH
mit dem Sitz in München,
AG München, HRB 58745,
Anschrift: Sigmund-Riefler-Bogen 4, 81829 München,

als deren alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer.

Hierzu stelle ich, Notar, aufgrund Einsicht in das Handelsregister des Amtsgerichts München vom heutigen Tage fest, dass dort die vorgenannte GmbH und der Erschienene als deren allein vertretungsbefugter Geschäftsführer eingetragen sind.

Nach Angabe war der beurkundende Notar, sein Sozius bzw. Notarvertreter außerhalb seiner Amtstätigkeit nicht für die Beteiligten tätig.

Auf Ansuchen beurkunde ich die vor mir abgegebenen Erklärungen der Beteiligten wie folgt:

I.

Die Beteiligten gründen hiermit eine

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

nach Maßgabe dieser Niederschrift und der ihr als **Anlage 1** beigelegten Satzung.

II.

Die Gesellschafter halten eine Gesellschafterversammlung ab. Es wird einstimmig folgendes beschlossen:

Zu Geschäftsführern werden bestellt:

- a) Herr **Johannes PINZEL**, geboren am [REDACTED] wohnhaft in [REDACTED]
[REDACTED]

- b) Herr **Maximilian HEYLAND**, geboren am [REDACTED] wohnhaft in [REDACTED]
[REDACTED]

Die bestellten Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft jeweils stets allein.

III.

Der Notar hat darauf hingewiesen, dass

- a) die Gesellschaft erst mit der Eintragung in das Handelsregister entsteht;
- b) der vor der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister in ihrem Namen Handelnde persönlich als Gesamtschuldner nach § 11 Abs. 2 GmbHG haftet;
- c) die Gesellschafter auch bei Eintragung für einen bei Handelsregistereintragung auf das Stammkapital entstandenen Fehlbetrag haften (Unterbilanzhaftung);
- d) zur Geschäftstätigkeit der GmbH behördliche Genehmigungen erforderlich sein können;
- e) in der nächsten Zeit mit der Zusendung fingierter Rechnungen über Eintragungsgebühren an die Geschäftsführung zu rechnen ist, wobei ausschließlich eine Rechnung oder Vorschussanforderung des zuständigen Amtsgerichts München bzw. der zuständigen Justizkasse (in Bayern: Bamberg) zu bezahlen ist.

IV.

Die Kosten der Errichtung und der Eintragung der Gesellschaft trägt die Gesellschaft.

Die Gesellschafter erteilen sich hiermit gegenseitig unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB

Vollmacht,

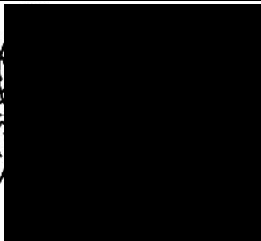
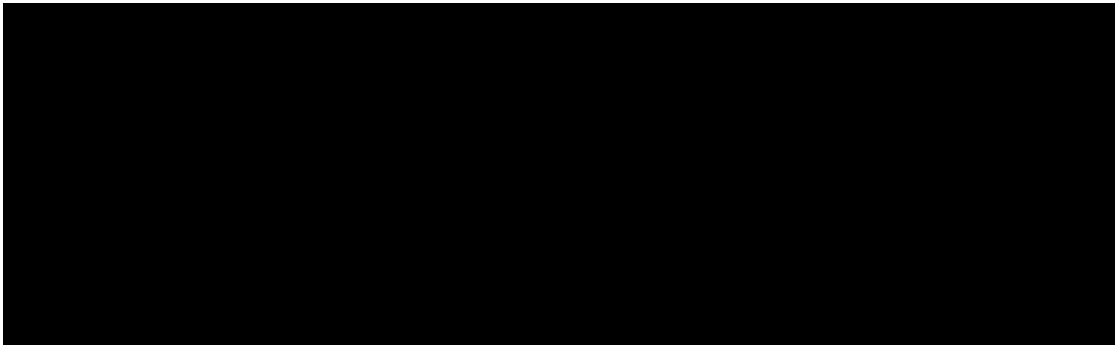
die Satzung der Gesellschaft, insbesondere auch deren Firma zu ändern, falls solche Änderungen im Zuge des Eintragungsverfahrens erforderlich würden. Diese Vollmacht erstreckt sich auch auf die Anmeldung solcher Änderungen zum Handelsregister.

V.

Von dieser Urkunde erhalten:

- die Gesellschafter und
 - die Gesellschaft
- je eine Ausfertigung,
- das Registergericht,
 - das zuständige Finanzamt zu Steuernummer neu,
 - der Steuerberater der Gesellschaft, zu Händen letzterer,
- je eine beglaubigte Abschrift.

**Samt Anlage vorgelesen vom Notar
von den Beteiligten genehmigt
und eigenhändig unterschrieben:**



Gesellschaftsvertrag der Kirchheim 2024 GmbH

§ 1

Firma und Sitz

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:
Kirchheim 2024 GmbH.
- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Kirchheim bei München.

§ 2

Zweck der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Naturschutzes, der Landschaftspflege, der Kunst und der Volksbildung.
- (3) Der Zweck der GmbH wird verwirklicht insbesondere durch Folgendes:
 - a) die Vorbereitung, Planung, Bau, Durchführung und Abwicklung der Bayerischen Landesgartenschau Kirchheim 2024, deren Zielsetzung wie folgt festgelegt wird:
 - Schaffung von neuen Grünanlagen, durch Sanierung, Entsiegelung, Wohnumfeldverbesserungen und Kirchheims Durchgrünung zu leisten;
 - in der Bevölkerung durch beispielhafte Gestaltungen, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen und Ähnliches, Verständnis für die Erfordernisse der Natur, des Umweltschutzes und der Kunst wecken zu helfen;
 - das Hinführen der Bürger zum Verstehen, zur Achtung und zur Stärkung ihrer Umwelt durch Maßnahmen der Landschaftsarchitektur (z.B. grünes Wohnumfeld),
 - b) die Entwicklung, Vorbereitung und Durchführung eines gemeinsamen Gartenschau- und Veranstaltungskonzeptes;
 - c) die Koordination aller mit der Planung, Gestaltung und Durchführung der Veranstaltung befassten Behörden, Dienststellen, Verbände, Firmen und sonstiger juristischer wie natürlicher Personen.

- (4) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem gemeinnützigen Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die Zwecke gemäß Gesellschaftsvertrag verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.
- (3) Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zum Zeitpunkt der Erbringung der Sacheinlage zurück.
- (4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4

Stammkapital

- | | | |
|-----|---|-------------|
| (1) | Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt | 25.000,00 € |
| (2) | Vom Stammkapital übernehmen | |
| – | die Gemeinde Kirchheim einen Geschäftsanteil zu | 15.000,00 € |
| – | die Bayerische Landesgartenschau GmbH
mit dem Sitz in München einen Geschäftsanteil zu | 10.000,00 € |
- (2) Die Stammeinlagen sind in Geld zu entrichten und sofort in voller Höhe fällig.

§ 5

Beginn der Gesellschaft

Die Gesellschaft beginnt mit der Eintragung in das Handelsregister. Alle Geschäfte, die ab dem Tag der Beurkundung des Gesellschaftsvertrages bis zur Eintragung der Gesellschaft in das

Handelsregister abgeschlossen werden, gelten als im Namen und für Rechnung der Gesellschaft abgeschlossen.

§ 6

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Die Übertragung eines Geschäftsanteils oder eines Teiles davon, die Bestellung eines Nießbrauchs hieran und die Verpfändung von Geschäftsanteilen sowie sonstige Verfügungen über Geschäftsanteile bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter durch einstimmigen Gesellschafterbeschluss.
- (2) Den einzelnen Gesellschaftern steht ein Vorkaufsrecht zu; die Vergütung erfolgt erst nach § 7 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages.

§ 7

Einziehung von Geschäftsanteilen

- (1) Die Einziehung des Geschäftsanteiles eines Gesellschafter ohne dessen Zustimmung ist zulässig, wenn
 - a) über das Vermögen des Gesellschafter das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird, oder der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt zu versichern hat;
 - b) der Geschäftsanteil von einem Gläubiger des Gesellschafter gepfändet oder sonst wie in diesen vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von zwei Monaten, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben wird;
 - c) in seiner Person ein wichtiger Grund vorliegt, der nach den Vorschriften der §§ 140, 133 HGB seinen Ausschluss aus der Gesellschaft rechtfertigt. Ein wichtiger Grund i.d.S. liegt insbesondere dann vor, wenn der Gesellschaft ein Verbleiben des betroffenen Gesellschafter in der Gesellschaft nicht mehr zugemutet werden kann; dies ist beispielsweise der Fall, wenn der Gesellschafter keine Gewähr mehr für die dauerhafte Erfüllung der gemeinnützigen Satzungszwecke bietet.
- (2) Die Einziehung bedarf eines Gesellschafterbeschlusses, der mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst wird. Dem betroffenen Gesellschafter steht kein Stimmrecht zu. Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung erklärt. Die Einziehung wird wirksam mit Erklärung der Einziehung durch die Geschäftsführung, unabhängig davon, wann die Einziehungsvergütung gemäß Abs. 5 gezahlt wird.

- (3) Der Beschluss zur Einziehung des Geschäftsanteils ist entweder mit einem Beschluss zur Neubildung eines Geschäftsanteils zu verbinden oder mit einem Beschluss zur Aufstockung der übrigen Geschäftsanteile oder mit einem notariell zu beurkundenden Beschluss zur Kapitalherabsetzung, jeweils im Umfang des Nennbetrages des eingezogenen Geschäftsanteils. Neu gebildete Geschäftsanteile können der Gesellschaft als eigene Geschäftsanteile, Mitgesellschaftern oder Dritten zugewiesen werden.
- (4) Dem ausscheidenden Gesellschafter ist der Bilanzwert des Geschäftsanteils – höchstens bis zur Höhe seines eingezahlten Kapitalanteils und dem gemeinen Wert seiner geleisteten Sacheinlagen im Zeitpunkt der Erbringung der Sacheinlage - zu vergüten. Die Ermittlung des Bilanzwertes erfolgt durch einen vereidigten Sachverständigen. Falls, soweit und solange Zahlungen gegen § 30 Abs.1 GmbHG verstoßen würden, gelten Zahlungen auf den Hauptbetrag als zum vereinbarten Satz von 2 % pro Jahr verzinslich gestundet, Zinszahlungen als unverzinslich gestundet.
- (5) Soweit die Einziehung eines Geschäftsanteils zulässig ist, kann die Gesellschaft stattdessen verlangen, dass der Geschäftsanteil an die Gesellschaft oder an eine von ihr bezeichnete Person, bei der es sich auch um einen Gesellschafter handeln kann, abgetreten wird und zwar dergestalt, dass der Geschäftsanteil teilweise eingezogen wird und im Übrigen an die Gesellschaft oder die von ihr bezeichnete Person abgetreten wird. Soweit die Gesellschaft statt der Einziehung des Geschäftsanteils dessen Abtretung an sich oder eine von der Gesellschaft bezeichnete Person verlangt, gelten die Regelungen von § 7 Abs. 4 und Abs. 5 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Vergütung für den abzutretenden Geschäftsanteil von dem Erwerber des Geschäftsanteils geschuldet wird und dass die Gesellschaft für deren Zahlung wie ein Bürge haftet, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat. § 30 Abs. 1 GmbHG bleibt unberührt.

§ 8

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind

- a) die Geschäftsführung
- b) der Aufsichtsrat
- c) die Gesellschafterversammlung

§ 9

Geschäftsführung

- (1) Die Gesellschaft soll mindestens zwei Geschäftsführer haben. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt,

wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann durch einstimmigen Gesellschafterbeschluss einem, mehreren oder allen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und/oder einzelne Geschäftsführer allgemein oder für den Einzelfall von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien, so dass sie befugt sind, die Gesellschaft bei Vornahme von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter eines Dritten uneingeschränkt zu vertreten.

- (2) Die Geschäftsführer werden von den zwei Gesellschaftern durch einstimmigen Gesellschafterbeschluss bestellt und abberufen. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer vorzuschlagen oder gegebenenfalls sein Veto einzulegen. Die Geschäftsführer müssen für die Aufgabe fachlich geeignet sein.
- (3) Die Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten und führen die Geschäfte nach Maßgabe des Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages und der ihnen vertraglich sowie im Einzelfall erteilten Anweisungen.
- (4) Die Abgrenzung der Aufgaben der beiden Geschäftsführer kann im Innenverhältnis unter Berücksichtigung der im § 9 Abs. 6 und 7 enthaltenen Aufgabenverteilung durch eine Geschäftsordnung geregelt werden, die der Aufsichtsrat mit 2/3-Mehrheit der Stimmen erlässt.
- (5) Die Geschäftsführer der Kirchheim 2024 GmbH tragen die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung. Das Nähere bestimmt eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.
- (6) Der seitens der Gemeinde gestellte Geschäftsführer hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Leitung, Vorbereitung, Durchführung und Koordination der erforderlichen und notwendigen Investitionsmaßnahmen;
 - die ständige und enge Zusammenarbeit mit den gemeindlichen Dienststellen, Gesellschaften und Organisationen.
- (7) Der seitens der Bayerischen Landesgartenschau GmbH gestellte Geschäftsführer hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Leitung, Vorbereitung, Durchführung und Koordination der erforderlichen Durchführungsmaßnahmen der Bayerischen Landesgartenschau Kirchheim 2024;
 - die ständige und enge Zusammenarbeit zwischen dem gärtnerischen Berufsstand, den Ministerien und allen mit der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung befassten Stellen.

- (8) Die Geschäftsführer bleiben Bedienstete der Gemeinde bzw. der Bayerischen Landesgartenschau GmbH. Beide Geschäftsführer erhalten von der Kirchheim 2024 GmbH eine für deren Geschäftsführung und die damit verbundene zusätzliche Verantwortung angemessene Vergütung. Diese wird in einer gesonderten Vereinbarung geregelt.

§ 10

Aufgaben der Geschäftsführung

- (1) Die Geschäftsführung hat für jedes Wirtschaftsjahr einen Wirtschafts- und einen Finanzplan aufzustellen und dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Nach Ablauf des Geschäftsjahres ist ein Jahresabschluss mit Geschäftsbericht vorzulegen.
- (2) Zur Vornahme von Geschäften und Rechtshandlungen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, bedürfen die Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates. Näheres kann in einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführer geregelt werden.
- (3) Die Geschäftsführer sind an allen Sitzungen des Aufsichtsrates teilnahmeberechtigt und sind zu diesen einzuladen. Die Teilnahme ist verpflichtend, ausgenommen hiervon sind Angelegenheiten, bei denen die Geschäftsführer persönlich beteiligt sind.
- (4) Sofern nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder der vom Aufsichtsrat aufzustellenden Geschäftsordnung zustimmungsbedürftige Handlungen keinen Aufschub dulden und ein Beschluss des Aufsichtsrats nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, darf die Geschäftsführung mit Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden handeln. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind dem Aufsichtsrat in angemessener Frist spätestens in dessen nächster Sitzung mitzuteilen.
- (5) Bei Meinungsverschiedenheiten der Geschäftsführer bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen bzw. Wahrung ihrer Rechte ist die Entscheidung des Aufsichtsrates herbeizuführen.

§ 11

Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu beraten und in entsprechender Anwendung des § 111 AktG zu überwachen. Seine Mitglieder haben alles zu unterlassen, was den Interessen der Gesellschaft zuwiderläuft. Der Aufsichtsrat kann darüber hinaus jederzeit von der Geschäftsführung über den Gang der Geschäfte und die Lage des Un-

ternehmens Berichterstattung verlangen. Soweit das Gesetz dies zulässt, ist der Aufsichtsrat berechtigt der Geschäftsführung Weisungen zu erteilen, wenn dies zur Wahrung der Entscheidungskompetenzen des Aufsichtsrats geboten erscheint.

- (2) Im Aufsichtsrat sind alle grundsätzlichen Entscheidungen bezüglich der Kirchheim 2024 GmbH zu treffen, soweit nicht ein anderes Organ der Gesellschaft zuständig ist. Ihm obliegen folgende Aufgaben:
- a) die Aufstellung des Gesamtprogramms;
 - b) die Entscheidung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Geschäftsführung der Zustimmung des Aufsichtsrats bedarf (§ 10 Abs. 2);
 - c) der Erlass einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung;
 - d) die Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführer;
 - e) die Einberufung der Gesellschafterversammlung unbeschadet der Rechte und Pflichten der Geschäftsführer und der Gesellschafter, die Gesellschafterversammlung in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen einzuberufen;
 - f) die Erteilung und den Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten;
 - g) die Berufung von Ausschüssen, der Erlass von Geschäftsordnungen für Ausschüsse sowie die Entscheidung über die in den Ausschüssen gefassten Empfehlungen;
 - h) die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie Bericht an die Gesellschafterversammlung;
 - i) die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan.
- (3) Der Aufsichtsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.
- (4) § 52 Abs. 1 und 3 GmbHG findet keine Anwendung.

§ 12

Zusammensetzung des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus 9 ordentlichen Mitgliedern.
- | | |
|---|--------------|
| Hiervon entsenden | |
| die Gemeinde Kirchheim | 5 Mitglieder |
| die Bayerische Landesgartenschau GmbH in München | 3 Mitglieder |
| das Bayerische Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten | 1 Mitglied |
- (2) Die Gemeinde kann den jeweils von ihr in den Aufsichtsrat entsandten Personen, soweit gesetzlich zulässig, bindende Weisungen erteilen. Wird die Person, die die Gemeinde vertritt oder werden die von ihr in den Aufsichtsrat entsandten Personen aus ihrer Tätigkeit haftbar gemacht, so stellt die Gemeinde sie von der Haftung frei. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit kann die Gemeinde Rückgriff nehmen, es sei denn,

das schädigende Verhalten beruhte auf ihrer Weisung.

- (3) Hat das Ministerium keinen Vertreter in den Aufsichtsrat entsandt, geht das Entsenderecht auf die Bayerische Landesgartenschau GmbH über, welche dann 4 Mitglieder des Aufsichtsrats entsendet. Vorstehendes gilt für die Ausübung des Stimmrechts in Sitzungen des Aufsichtsrats entsprechend.
- (4) Die Gemeinde Kirchheim benennt den Aufsichtsratsvorsitzenden und seinen 2. Stellvertreter. Der 1. Stellvertreter wird von der Bayerische Landesgartenschau GmbH benannt. Sind Vorsitzender und Stellvertreter abwesend, übernimmt das an Jahren älteste Mitglied des Aufsichtsrats den Vorsitz, welches von gemeindlicher Seite kommt.
- (5) Dem Aufsichtsrat bleibt es vorbehalten, zu Sitzungen beratende Mitglieder aus der Gemeindeverwaltung und der Bayerische Landesgartenschau GmbH oder sonstige Berater hinzu zu ziehen.
- (6) Ein Mitglied oder dessen Vertreter scheidet aus dem Aufsichtsrat aus, wenn die Tätigkeit, die für seine Entsendung bestimmend war, endet. Bestimmend für die Entsendung in den Aufsichtsrat ist für die Aufsichtsratsmitglieder der Gemeinde Kirchheim zumindest die Gemeinderatsmitgliedschaft.
- (7) Mitglieder des Aufsichtsrates dürfen in keine geschäftliche Beziehung zur Gesellschaft treten.

§ 13

Einberufung des Aufsichtsrats

- (1) Der Aufsichtsrat tritt nach Bedarf zu einer Sitzung zusammen, mindestens aber zweimal jährlich. Der Aufsichtsrat ist schriftlich, per Telefax oder Email unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Die Ladungsfrist beträgt fünf Tage. Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet. Die Ladung erfolgt durch den Vorsitzenden, ersatzweise durch die Geschäftsführer. Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt, wenn diese rechtzeitig an die letzte dem Aufsichtsrat bekannt gegebene Ladungsadresse versandt wird. In dringenden Fällen kann die Ladungsfrist auf 24 Stunden verkürzt werden oder die Einberufung telefonisch erfolgen.
- (2) Sind sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates anwesend oder vertreten und wird kein Widerspruch erhoben, kann die Sitzung auch ohne Einhaltung von Form- und Fristvorschriften sowie unter Erweiterung der Tagesordnung abgehalten werden.

§ 14

Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung

- (1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche im Amt befindlichen Mitglieder zur Sitzung geladen sind, mindestens die Hälfte anwesend ist und an der Beschlussfassung beteiligt ist.
- (2) Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern nichts anderes im Vertrag bestimmt ist (siehe § 9 Abs. 4). Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Stimmenthaltungen sind unzulässig.
- (3) Die Beschlüsse können auch durch schriftliche, fernschriftliche oder fernmündliche Stimmabgabe, die von dem Vorsitzenden einzuholen ist, herbeigeführt werden, wenn kein Aufsichtsratsmitglied dieser Abstimmungsform widerspricht. Bei schriftlicher Stimmabgabe ist für den Eingang der Stimmen eine Frist von mindestens einer Woche, vom Tage der Absendung der Aufforderung angerechnet, festzusetzen. Das Beschlussergebnis ist unverzüglich schriftlich niederzulegen und den Mitgliedern des Aufsichtsrats mitzuteilen. Auch die Beschlüsse bei schriftlicher Stimmabgabe sind nur mit einer einfachen Mehrheit gültig analog zu § 14 (2).

§ 15

Verschwiegenheit und Haftung

- (1) Der Aufsichtsrat oder dessen Vorsitzender kann bei Bedarf die Zulassung Dritter, insbesondere sachverständiger Personen, zu seinen Sitzungen beschließen. Die Geschäftsführung ist berechtigt und verpflichtet an den Sitzungen teilzunehmen. Der Aufsichtsrat kann sie von der Teilnahme an bestimmten Tagesordnungspunkten ausschließen (siehe auch § 10 Abs. 3). Die Dritten sind zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (2) Die Tätigkeit im Aufsichtsrat unterliegt grundsätzlich der Geheimhaltung. Die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder gilt vor allem für solche Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen, die zum Wohl des Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen.
Tagesordnungspunkte, die zwingend der Geheimhaltung bedürfen sind:
 - a) Personalangelegenheiten
 - b) Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten
 - c) wichtige Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse
 - d) geheim zu haltende Daten von Geschäftspartnern
 - e) Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis oder sonst dem Datenschutz unterliegen

- f) Gründe des Wohls der Allgemeinheit und der Schutz berechtigter Ansprüche Einzelner
 - g) Angelegenheiten, die gerichtliche Auseinandersetzungen betreffen.
- (3) Die Haftung der Aufsichtsräte richtet sich nach Art. 93 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern.

§ 16

Niederschrift

- (1) Über jede Sitzung des Aufsichtsrates sowie über die nicht in Sitzungen gefassten Aufsichtsratsbeschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Protokollführer und vom Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter zu unterzeichnen und jedem Aufsichtsratsmitglied und den Gesellschaftsvertretern zuzuleiten ist.
- (2) Der Niederschrift sollten der Ort und der Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Sitzung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Aufsichtsratsbeschlüsse zu entnehmen sein. Der Inhalt der Niederschrift gilt als genehmigt, sofern der Niederschrift nicht binnen eines Monats nach Absendung schriftlich und unter Angabe der Gründe durch ein Aufsichtsratsmitglied widersprochen wird.

§ 17

Ausschüsse des Aufsichtsrates

- (1) Für die Bearbeitung von Detailfragen können beratende und beschließende Ausschüsse gebildet werden. Insbesondere empfiehlt sich die Einberufung eines Vergabeausschusses.
- (2) Die Arbeit der Ausschüsse ist durch eine Geschäftsordnung zu regeln. Der Vorsitz in den Ausschüssen wird durch deren Geschäftsordnung geregelt.

§ 18

Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung besteht aus je einem Vertreter der Vertragsparteien. Die Gesellschafterversammlung hat die ihr durch Gesetz, diesen Gesellschaftervertrag und durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zugewiesenen Befugnisse.
- (2) Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
 - a) Änderung des Gesellschaftsvertrages;

- b) Einziehung von Geschäftsanteilen;
 - c) Auflösung der Gesellschaft;
 - d) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer sowie Festlegung der grundsätzlichen Anstellungsbedingungen;
 - e) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Mitglieder des Aufsichtsrats;
 - f) Feststellung des Jahresabschlusses sowie Genehmigung des Geschäftsberichts;
 - g) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats;
 - h) Bestellung des Abschlussprüfers;
 - i) Gewährung von Entschädigungen bzw. Sitzungsgeldern an Aufsichtsräte und Ausschussmitglieder.
- (3) Der kommunale Repräsentant in der Gesellschafterversammlung hat bei Beschlüssen die kommunalrechtlichen Vorschriften zur Vertretungsmacht zu beachten. Auf Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GO wird verwiesen.

§ 19

Einberufung der Gesellschafterversammlung

- (1) Unbeschadet der gesetzlichen Regelung sind Gesellschafterversammlungen je nach Bedarf einzuberufen. Die jährliche Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss soll innerhalb der gesetzlichen Fristen (spätestens bis zum Ablauf der ersten acht Monate) nach GmbHG § 42a nach Schluss des Geschäftsjahres stattfinden.
- (2) Die Gesellschafterversammlung wird schriftlich, per Telefax oder E-Mail durch die Geschäftsführung unter Übersendung der Tagesordnung einberufen. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen und beginnt mit dem der Aufgabe zur Post folgenden Tag. Der Tag der Versammlung wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet. Bei Eilbedürftigkeit kann die Einberufung mit der gesetzlichen Frist erfolgen.
- (3) Die Geschäftsführer und der Aufsichtsratsvorsitzende sind an allen Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnahmeberechtigt und sind zu diesen einzuladen. Ausgenommen hiervon sind Angelegenheiten, bei denen die Geschäftsführer persönlich beteiligt sind.

§ 20

Vorsitz

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der 1. Bürgermeister der Gemeinde Kirchheim, im Verhinderungsfall einer der Geschäftsführer der Bayerischen Landesgartenschau

GmbH. Sind Vorsitzender und Stellvertreter abwesend, übernimmt die Zweite Bürgermeisterin/der Zweite Bürgermeister den Vorsitz, ist diese/dieser ebenfalls verhindert, übernimmt die Dritte Bürgermeisterin/der Dritte Bürgermeister den Vorsitz.

§ 21

Beschlussfähigkeit

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Anteilseigner vertreten sind.

§ 22

Beschlussfassung

- (1) Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst; entgegenstehende Bestimmungen des Gesetzes oder des Gesellschaftsvertrages bleiben unberührt. Jede eintausend Euro eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann nur einheitlich abstimmen.
- (2) Die Beschlüsse können auch durch schriftliche, fernschriftliche oder fernmündliche Stimmabgabe herbeigeführt werden, wenn kein Gesellschafter dieser Abstimmungsform widerspricht und gesetzlich nichts anderes zwingend bestimmt ist. Bei schriftlicher Stimmabgabe ist für den Eingang der Stimmen eine Frist von mindestens einer Woche, vom Tage der Absendung der Aufforderung an gerechnet, festzusetzen. Das Beschlussergebnis ist unverzüglich schriftlich niederzulegen und den Gesellschaftern mitzuteilen. Auch die Beschlüsse bei schriftlicher Stimmabgabe sind nur einstimmig möglich.
- (3) Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen anderen Gesellschafter oder durch einen Angehörigen der rechts-, steuerberatenden- oder wirtschaftsprüfenden Berufe vertreten lassen, die Vertreter müssen sich durch schriftliche Vollmacht ausweisen. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, einen zur beruflichen Verschwiegenheit verpflichteten sachkundigen Berater oder Beistand hinzuzuziehen, wenn er dies der Gesellschaft mit einer Frist von mindestens acht Kalendertagen vorher schriftlich mitgeteilt hat. Hinsichtlich des kommunalen Repräsentanten wird auf Art. 93 Abs. 1 GO verwiesen.

§ 23

Niederschrift

- (1) Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung und

vom Schriftführer zu unterschreiben ist, soweit nicht ohnehin eine notarielle Beurkundung erforderlich ist. Der Niederschrift sollten der Ort und der Tag der Versammlung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Versammlung, der wesentliche Inhalt der Verhandlungen und die Gesellschafterbeschlüsse zu entnehmen sein. Der Inhalt der Niederschrift gilt als genehmigt, sofern der Niederschrift nicht binnen eines Monats nach Absendung schriftlich und unter Angabe der Gründe durch einen Gesellschafter widersprochen wird.

- (2) Der Schriftführer wird vom Vorsitzenden bestimmt.

§ 24

Geschäftsjahr, Jahresabschluss

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister und endet am darauffolgenden 31. Dezember.
- (2) Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach den geltenden Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des Handelsgesetzbuches aufzustellen und durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ist in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzgesetzes die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen und über die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte zu unterrichten.
- (3) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers innerhalb der ersten sechs Monate des folgenden Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen und innerhalb eines weiteren Monats der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Gemeinde Kirchheim und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan werden die in § 54 des Haushaltsgrundsätzgesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

§ 25

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.

§ 26

Offenlegung

Für die Gesellschaft gelten die gesetzlichen Offenlegungspflichten. Die Geschäftsführung trägt Sorge für die fristgemäße Beachtung.

§ 27

Auflösung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschafter haben mit Abnahme des Schlussberichts (letzter Geschäftsbericht) die Auflösung der Gesellschaft zu beschließen.
- (2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen zum Zeitpunkt der Erbringung übersteigt, an die Gemeinde Kirchheim, die es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.
- (3) Bei Beendigung der Gesellschaft sowie bei Ausscheiden der Bayerischen Landesgartenschau GmbH übernimmt die Gemeinde sämtliche Verbindlichkeiten oder Guthaben der Gesellschaft und stellt die Bayerische Landesgartenschau GmbH von sämtlichen Verbindlichkeiten frei. Die Bayerische Landesgartenschau GmbH erhält das von ihr geleistete Stammkapital in Höhe von 10.000 Euro spätestens innerhalb von 30 Kalendertagen nach Wirksamwerden des Ausscheidens bzw. vor Löschung der Gesellschaft aus dem Handelsregister zurück. Ein Rangrücktritt hinter andere Verbindlichkeiten der Gesellschaft wird ausgeschlossen.
- (4) Überträgt die Gesellschaft ihr Vermögen ganz oder teilweise bzw. ihre Anlagen oder Teile ihrer Anlagen in den hoheitlichen Bereich einer Körperschaft öffentlichen Rechts, so muss das übertragene Vermögen – bei einem späteren Verkauf der Verkaufserlös – auf Dauer zur Förderung gemeinnütziger Zwecke eingesetzt werden.

§ 28

Schlussbestimmungen

- (1) Ergänzend zu diesem Vertrag gelten die Vorschriften des GmbH-Gesetzes.
- (2) Die rechtliche Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen dieses Vertrages ist auf den übrigen Vertragsinhalt ohne Einfluss. Die Gesellschafter sind in einem solchen Fall ver-

pflichtet, durch vertragsändernden Beschluss eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt.

- (3) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern untereinander und zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft ist der Sitz der Gesellschaft, soweit rechtlich zulässig.
- (4) Der Gründungsaufwand (Kosten für Notar und Gericht, sowie eventuelle Genehmigungen, Anwalt, Steuerberater) wird von der Gesellschaft bis zu einem Gesamtbetrag von Euro 2.500,00 übernommen. Ein darüber hinaus gehender Gründungsaufwand wird von den Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Gesellschaftsbeteiligungen getragen.

Ende der Satzung